

Table with subscription rates: Für Stadt, Mit Postverfendung, Ganzjährig, Halbjährig, Vierteljährig.

Er erscheint jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Wiener Zeitung

Redaction: Hauptplatz, im Winkler'schen Neugebäude. Expedition: Hauptplatz, 5. Goldschneider's Buchhandlung.

Nro. 41.

Dienstag den 4. April 1865.

XIV. Jahrgang.

Die Budgetberathungen

Im Reichsrathe haben in den jüngsten Tagen eine Bedeutung erlangt, welche es wohl erklärlich macht, daß wir ihnen einen großen Theil des engbegrenzten Raumes in unserer Blatte widmen, um unsere Leser mit allen Phasen derselben bekannt zu machen.

Wir geben dem Organe unserer Altconservativen, der muthvollsten und energichsten „Debatte“ heute den Vortritt. Dieses Blatt läßt sich in seiner kernigen, freimüthigen Weise wie folgt über die erwähnte Verhandlung vernehmen:

Das war heute wieder ein glänzender Tag des Abgeordnetenhaus! Das Fatum wollte es, daß die glänzendsten Tage dieser h. Versammlung die trübsten des Herrn Staatsministers werden, und so war es denn auch heute.

Wir müssen dem Herrn Staatsminister zustimmen. Die befänstigende Zeit war notwendig, die Gefühle zur Ruhe zu bringen, welche seine dem ungarischen Landtage gegenüber befolgte Politik jenseits der Leitha erregt hatte.

„Confervative Männer — so beginnt einer der Schlüßsätze des Artikels — die sich in erster Linie berufen fühlen, der gesetzlichen Autorität sich anzuschließen, müssen es schmerzlich empfinden, wenn sie sich genöthigt sehen, dieser ihrer Neigung zu entsagen, um ihren Principien gemäß ihrer Pflicht gegen Thron und Vaterland treu zu bleiben.“

„Die Politik des Herrn v. Schmerling, welche sich dies-jenseits der Leitha im Widerspruch mit den constitutionellen Anschauungen des überwiegend größten Theils der Intelligenz bewegt, hat es auch zu verantworten, daß selbst die conservativsten Constitutionellen in das der Regierung gegenüberstehende Lager gedrängt wurden.“

„Sollen wir auch noch davon sprechen, wie die ungarischen Liberalen neben den heutigen Auseinandersetzungen des Herrn v. Schmerling das Anerbieten seiner Allianz aufzunehmen werden? Das wäre wohl überflüssig.“

Dem Leader eines andern, centralistischen Oppositions-Journals — dem der „Presse“ — entnehmen wir die auf Ungarn Bezug nehmenden Stellen. Diese lauten: „Was nun die Verständigung mit Ungarn betrifft, so scheint uns dieselbe ein so dringendes und gleichmäßiges Bedürfnis beider Theile, daß wir es nicht für gut, weise und staatsmännlich halten können, auszusprechen, muthmaßlich werde der nächste Landtag wieder erfolglos bleiben.“

Warum soll er denn berufen werden? Um der Form zu genügen? Nun, dann hätte dieser Form auch schon im Jahre 1862 genügt werden sollen, und wäre dies geschehen, so stände das Ministerium heute wahrscheinlich fester, selbst wenn die Ungarn keine Spur der Nachgiebigkeit und des Entgegenkommens gezeigt hätten.

Herr v. Schmerling will die Februar-Verfassung in Ungarn durchführen, und wir meinen, dieß sei unthunlich, so lange diese Verfassung sich nicht selbst angemessen entwickelt hat. Worin besteht denn die zu lösende Aufgabe?

Haben nun die Ungarn ihr altes Recht nicht verwirkt — und wenn wir nicht irren, so bekennst sich neuestens selbst die Regierung zu dieser Auffassung, und auch die Großösterreicher, wie Herr v. Mühlfeld, Graf Eugen Kinsky, Etene und Andere dürften ihr nicht widersprechen — so bleibt wohl nichts übrig, als mit den Ungarn zu pactiren.

Man sage ihnen dies offen und ethisch; man unterlasse nicht beizufügen, daß die Wiederherstellung der alten wesentlich personal-unionistischen Constitution eine Unmöglichkeit geworden; man stelle die Revision der Grundgesetze in Aussicht; man zeige die Neigung, den aufrichtigen Willen dazu: und wir müßten uns ganz außerordentlich irren, wenn es auf diesem Wege nicht ginge.

Den Stimmen der Opposition wollen wir nun die aus regierungsfreundlichen Journalen folgen lassen; sie sagen zwar nichts Neues, daß sie es aber jetzt sagen, hat für uns Bedeutung. Wir beginnen mit dem „Boten“, welcher nach einer allgemeinen Kritik der kaiserlichen Rede sich folgendermaßen über die ungarische Frage vernehmen läßt:

„Was die ungarische Frage betrifft, so find wir selbst über die Auseinandersetzungen des Abgeordneten weniger erschreckt, als das Haus. Wir sehen in Manchem von dem, was Herr v. Kaiserfeld sagte, einen gesunden Kern. Es gibt ein neutrales Terrain, welches in das Gebiet der Februar-Verfassung nicht einschneidet und doch einen weiten Spielraum bietet.“

Der Reichsgebanke, welchen Herr v. Kaiserfeld festhalten will, würde in der Rhetorik der Sonderbestrebungen rasch verflüchtigen, der Ausgleich, den derselbe so nahe wähnt, würde, wenn man seine Methode befolgte, wie jenes fabelhafte Inselnand, immer weiter zurückweichen, je angestrengter sich die Schiffer demselben zu nähern suchen.

„Sollen wir auch noch davon sprechen, wie die ungarischen Liberalen neben den heutigen Auseinandersetzungen des Herrn v. Schmerling das Anerbieten seiner Allianz aufzunehmen werden? Das wäre wohl überflüssig.“

ihm und seinen Freunden würden die Ungarn bald das volle Sonderrecht abgerungen haben! Wir sagen dies offen, weil wir keine Freunde einer falschen Sentimentalität sind.“

„Der Dualismus — so heißt es in dem betreffenden Raisonnement weiter — ist keine Lösung der ungarisch-österreichischen Frage; er ist ein Auseinanderhauen, ein Auseinanderzerren des Gewordenen. All' die dynastische Anhänglichkeit, all' die gewordenen Interessen würden nur dünne Fäden bilden, welche bald durch das Gewicht der politischen Scheidung zerrissen wären.“

Unter allen Umständen interessant muß das Geständniß bleiben, welches die „Desterr. Ztg.“ damit macht, daß sie selbst behauptet, das Lager der Centralisten habe sich seit dem Jahre 1861 bedeutend gelichtet. Wir nahmen mit Befriedigung Act von diesem Selbstbekenntniß und hoffen es noch einmal verwerthen zu können.

„Allerdings sind auch im Abgeordnetenhaus der dualistischen Elemente mehr geworden als im Jahre 1861. So mancher Herr der Opposition glaubt den Weg nach Frankfurt am besten zu finden, wenn das Kaiserthum Oesterreich seine Grenze an der Leitha hat, und sogar mancher Centralist von ehemals ist seiner Fahne untreu geworden.“

Die Majorität des Hauses ist sich dessen bewußt, und darum hat auch Kaiserfeld's Rede, so schön und wohlgeordnet ihre Sätze waren, den Eindruck verfehlt, während die Rede des Staatsministers auf alle Anwesenden, besonders auf alle österreichischen Gemüther zündend wirkte.“

Aus dem Reichsrathe.

\* Wien, 2. April. Das Abgeordnetenhaus erledigte in seiner gestrigen Sitzung zuerst das Budget der siebenbürgischen Hofkanzlei. Die Abgeordneten Siebenbürgens vertheidigten mit jähem Widerstande die höheren Ziffern der Regierung gegenüber den Abstrichziffern des Finanzausschusses und der Vicekanzler Baron Reichert trat mehrmals in die Debatte ein, ohne jedoch durchdringen zu können.

Bei der Berathung über das Erforderniß der kroatischen Hofkanzlei (Berichterstatter Dr. Herbst, Regierungskommissär Hofrath Utiensovic) wurden ebenfalls die geringen Ziffern des Ausschusses, trotz wiederholter Einsprüche des Herrn Hofrathes, angenommen.

Die nächste Sitzung wurde auf Montag anberaumt. Auf der Tagesordnung: Budget für Cultus und Unterricht.

Zur Situation.

Wien, 2. April. Schon seit langer, langer Zeit hat in den der Regierung nahe stehenden Kreisen keine solche Aufregung geherrscht, wie in den letzten Tagen. Die entschiedene Haltung der aus allen Gegnern des Ministeriums zusammengesetzten Reichsraths-Opposition; die energischen Reden derselben, welche von Selbstbewußtsein froigten; der Kleinmuth der die Regierung vertretenden Organe hatten eine Stimmung hervorgerufen, welche schon einem Aufgeben der Sache des Herrn v. Schmerling beinahe gleich kam.

ner der Regierung wieder ihren Weg, denn sie wissen, daß Herr v. Schmerling weder aufgegeben wird, noch sich aufgegeben hat. Man erzählt uns an maßgebender Stelle, der Herr Staatsminister habe in einer besonderen Audienz Sr. Majestät die Lage der Dinge dargestellt, resp. darauf hingewiesen, daß er bereit sei, den Befehlen Sr. Majestät in jeder Beziehung zu folgen, auch wenn er sein Portefeuille andern Händen übergeben sollte. Welcher Art die Entschlüsse Sr. Majestät auf diesen Vortrag gewesen, darüber Auskunft zu geben, sind wir nicht in der Lage; der Reflex derselben spiegelt sich aber in der letzten Rede des Herrn Staatsministers. Man würde übrigens Unrecht thun, wollte man die Worte, besonders soweit sie sich auf Ungarn beziehen, ganz streng nehmen, wie sie gesagt sind. So weit wir uns an guter Stelle darüber informieren konnten, will Herr v. Schmerling eine wirkliche Transaction mit den liberalen Parteien Ungarns, und zwar erkennt derselbe als Ausgangspunkt für dieselbe den Ungarn die Gesetze von 1848, während die Krone auf dem Boden der Februar-Verfassung steht. Wenn verlangt wird, daß die 48er Gesetze revidirt werden, um sie der Februar-Verfassung zu nähern, so ist damit keineswegs gesagt, daß diese nicht auch revidirt werden sollte, um sie den berechtigten Wünschen der Ungarn näher zu bringen. In jedem Falle wird aber der Landtag einberufen werden.

**Wien, 2. April.** Ereignisse von einiger Wichtigkeit nehmen so lange das allgemeine Interesse in Anspruch, als sie nicht durch neuere von mindestens gleicher Wichtigkeit ersetzt oder in den Hintergrund gedrängt werden. Ein Ereigniß war aber jedenfalls die Kaiserfeld'sche Rede und die Replik des Herrn v. Schmerling, und beide bilden natürlich noch heute in allen Kreisen das Tagesgespräch; die fremden Diplomaten machen sie zum Gegenstand politischer Berichte an ihre resp. Regierungen, die politischen Partifractionen nehmen sie als Basis ihrer ferneren Operationen und die „Kannegießer“ hört man die merkwürdigsten Combinationen daraus folgern, welche schließlich mit den Worten enden: „die Tage des Herrn v. Schmerling als Staatsminister, sowie auch die mehrerer seiner Collegen sind gezählt.“

Und in der That, die Situation ist wahrlich darnach angethan; die Versicherung des Herrn v. Schmerling, trotz der Reichsraths-Opposition auf seinem Platze zu verharren, läßt sich schwer in Verbindung bringen mit seinen Worten in der Sparcassa, deren Curator er ist, dahin lautend, er hoffe sehr bald mehr Zeit zu haben, diesem Institute wieder seine vollste Aufmerksamkeit widmen zu können.

Fragen wir uns aber, was wohl die erste wichtige That eines anderen Ministeriums sein würde; und wir glauben dies getrost dahin beantworten zu können „Einberufung des ungarischen Landtages und Lösung der Verfassungsfragen im Allgemeinen.“

Zwar wird man auf diese unsere Bemerkung erwidern, daß auch das jetzige Ministerium dies zu thun gedenke, und auch in der neuesten Zeit versichert habe, es solle nun nächstens erfolgen. Allein dieses Versprechen hören wir schon sehr lange, und vom Versprechen bis zur That ist es mandmal ziemlich weit entfernt. — Wir sind leider durch die letzten 4 Jahre pessimistisch geworden und gehören zu den „ungläubigen Thomas“. So lange wir das Einberufungsschreiben nicht in der „Wiener Stg.“ lesen, müssen wir auf Versprechungen eben nur jenen Werth legen, den sie verdienen.

Das dreifache Dementi jener bekannten Aeußerung des Herrn v. Schmerling bezüglich des Grafen Szécsen ist ein harter Schlag für den Herrn Staatsminister, und es wird uns von gut unterrichteter Seite der Wink gegeben, er sei von sehr hoher Stelle aus hierzu veranlaßt worden. Darnach zu urtheilen, dürfte doch der Einfluß der Altconservativen nicht zu unterschätzen sein, besonders nachdem wir hören, sie seien gewillt, um sich der Desakischen Partei zu nähern, in ihrem Programme nicht unwichtige Concessionen zu machen.

Auch die Entscheidung über den §. 13 der Februar-Verfassung wird nicht mehr lange auf sich warten lassen; der Ausschuß hat seine Arbeiten beendet, und sobald der Bericht in's Plenum des Abgeordnetenhauses kommt, dann muß die Regierung „Farbe bekennen“. Dies wird der entscheidende Moment sein, in welchem Jedermann in Oesterreich erfahren wird, wie es eigentlich um unseren Constitutionalismus steht; hic haeret aqua, hic salta!

Schließlich noch hören wir, daß bereits einige Privatbriefe aus Ungarn von mehreren Adressen sprechen, welche von dorthier an den Abg. Kaiserfeld gelangen sollen. (Diese Nachricht ist, Angesichts der in Ungarn herrschenden Verhältnisse, nicht nur unwahrscheinlich, sondern factisch unmöglich; da Deamenten-Corporationen doch kaum diese Adresse absenden werden, Anderen hingegen dies nicht gestattet ist. — D. Red.)

**Wien, 2. April.** Wir entnehmen der „Morgenpost“ die nachstehende Notiz, für deren Wichtigkeit wir übrigens dieser allein die Verantwortung überlassen müssen. Das genannte Blatt schreibt nämlich: „Eine Aeußerung des Staatsministers Herrn v. Schmerling erregt in den Kreisen, wo sie bisher bekannt wurde, begreifliches Aufsehen. Bei einer gestern stattgefundenen Zusammenkunft der Directoren der Sparcassa, deren Obergerator bekanntlich Herr v. Schmerling ist, und der er als solcher auch beizuhnte, nahmen die Directoren die Gelegenheit wahr, dem Herrn Staatsminister dafür zu danken, daß er trotz seiner angestrengten Berufsgeschäfte noch Zeit finde, auch der Sparcassa seine Thätigkeit widmen zu können. Wie uns mitgetheilt wird, bemerkte Herr v. Schmerling in seiner Erwiderung, daß er den Dank der Directoren nur für seine Thätigkeit in jener Epoche hinnehmen könne, während welcher er sich nicht im Rathe der Krone befand. Seitdem sei es ihm nicht mehr möglich gewesen, für die Sparcassa in erheblicher Weise thätig zu sein. Er hoffe jedoch, daß er schon in naher Zeit in der Lage sein werde, seine ganze Zeit und seine volle Thätigkeit dem gemeinnützigen Wirken der Sparcassa zuwenden zu können.“

Dem „Pester Lloyd“ wird unterm 31. März von hier geschrieben: „Sie werden bemerken, daß der Staatsminister heute einen Widerruf seiner jüngsten Anspielung gegeben, Graf Szécsen habe mit Dr. Schindler in seinem Salon ein politisches Conventikel gehalten. Ich glaube Ihnen aus guter Quelle mittheilen zu können, daß die Selbstberichtigung des Ministers durch Folgendes veranlaßt worden ist. Graf Szécsen hat an den Minister des Außern, Grafen Mensdorff, einen Brief gerichtet, in welchem er die Wichtigkeit jenes Gerüchtes darthut und es dem Herrn Grafen anheimgibt, eine angemessene Berichtigung zu veranlassen. Die heutige Erklärung des Herrn Staatsministers ist die Wirkung dieses Schreibens.“

Ein zweites Dementi eines Satzes der Rede des Herrn Staatsministers finden wir in der gestrigen „Abendpost.“ Diese schreibt: „Die Worte, welche der Herr Staatsminister in seiner Rede im Hause der Abgeordneten am 28. März d. J. gebraucht hat: „Ich besorge, daß einer von den beiden Theilen bei dieser Angelegenheit der Betrogene sein wird“, könnten eine Deutung finden, welche dem Herrn Redner auf jeden Fall ferne lag.“

Um einer solchen möglichen Auslegung zu begegnen, sind wir von Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister zu der Erklärung ermächtigt, daß hiebei selbstverständlich nur jene Täuschungen gemeint sein konnten, welche von unnatürlichen Coalitionen gegnerischer politischer Richtungen unzertrennlich scheinen.“

Der Redacteur Herr Franz Tuwora, dessen Gesellschaftsreisen nach dem Oriente sich bis nun mehr als tausend Personen angeschlossen haben, unternimmt im Monate Mai d. J. eine Gesellschaftsreise nach Paris und hat den Preis einer Theilnehmerkarte für die Hin- und Rückreise mit fünfundsiebzsig Gulden festgesetzt. Dieser überaus billige Preis wurde erzielt, indem nicht nur die Kaiserin-Elisabethbahn, sondern auch die württembergischen und badischen Eisenbahnen die Gebühren um 50 Prozent ermäßigten; die Direction der französischen Ostbahnen aber noch eine weitere Ermäßigung eintreten ließ u. z. in Würdigung des Umstandes, als derlei gesellschaftliche Reisen geeignet sind, die commerciellen Beziehungen Oesterreichs mit Frankreich zu beleben.

Das ausführliche Reise-Programm wird auf Verlangen durch Gerold's Buchhandlung in Wien, oder durch das Comptoir der kais. „Wiener Zeitung“ zugesendet.

**Wien, 2. April.** Die Rede des Herrn Staatsministers v. Schmerling in Antwort auf die Rede des Abg. Kaiserfeld hat hier einen sehr verschiedenartigen Eindruck gemacht. Man ist froh, endlich einmal etwas Positives, Bindendes erfahren zu haben über die Ideen, mit denen die hohe Staatsregierung an die Lösung der ungarischen Frage zu gehen gedenkt, große Hoffnungen scheint der Herr Staatsminister aber für die Durchführung seiner Pläne vor der Hand wenigstens nicht zu haben und in dieser Beziehung harmoniren die sämmtlichen hiesigen politischen Kreise mit ihm, da man eben nicht einsehen kann, daß die Thätigkeit des nächsten Landtages eine erfolgreiche sein werde, wenn das, was der Herr Staatsminister gesagt, das letzte Wort der Regierung sein sollte. Was Herr v. Schmerling andeutet, daß man sich in Ungarn selbst noch nicht so recht klar geworden sei über die Art, wie die Lösung des Verfassungs-Conflictes vollzogen werden könne, ist, wir müssen dies zugeben, theilweise wahr; eben so wahr aber ist, daß man die einseitige Revision der 48er Gesetze zu Gunsten der Februar-Verfassung mit dem Landtage kaum durchsetzen wird. Die gemäßigten Parteien in Ungarn, und diese bilden die Majorität der Bevölkerung, begreifen nur zu gut, daß eine Revision der 48er Gesetze im Interesse der Monarchie vorgenommen werden müsse; daß dies aber nicht identisch ist mit dem, was Herr v. Schmerling als nothwendig andeutete, fühlt man jedoch eben so gut. Wir sind heute noch nicht in der Lage, weiteres über diesen hochwichtigen Gegenstand zu berichten; wir werden aber nicht unterlassen, den Gang der Dinge genauest zu verfolgen und hoffen, recht bald Erfreulicheres berichten zu können. Inzwischen wird hier bereits über die Localität berathen, in welcher der Landtag seine Sitzungen abhalten soll. Man hat den großen Redoutensaal in Aussicht genommen, wird davon jedoch wohl noch zurückkommen. Bis ein Landhaus gebaut worden, ist der Museumsaal der Best.

### Politische Uebersicht.

Das preussische Cabinet kritisiert in einer an seine diplomatischen Agenten an den deutschen Höfen gerichteten Circularbepfehle über den mittelstaatlichen Bundesantrag das Vorgehen des Bundes als eine Ueberschreitung seiner Befugnisse, spricht dem Erbprinzen von Augustenburg jedoch Anspruch auf Schleswig und den größten Theil Holsteins ab, bezeichnet selbst jenen auf einen kleinen Theil des letzteren Herzogthumes als zweifelhaft und der Begründung bedürftig, und stellt schließlich ein selbstständiges Vorgehen Preussens, unbekümmert um eventuelle Bundesbeschlüsse präjudicialen Characters in der entschiedensten Weise in Aussicht.

Die hannoversche Regierung läßt die Nachricht dementiren, daß sie vorgeschlagen habe, Oesterreich solle definitiv von Schleswig Besitz ergreifen; Oesterreich aber dann seinen Besitz auf den Erbprinzen von Augustenburg übertragen. Die hannoversche Regierung vertritt vielmehr die Ansicht, daß keine Regierung, sei es als eine souveräne Macht, sei es als Bundesglied, irgend ein Recht hat, sich in die österreichisch-preussischen Verhandlungen zu mischen, so lange nicht diese beiden Mächte eine Mittheilung über diese Verhandlungen am Bunde abgeben.

Aus Berlin wird gemeldet, in den dortigen maßgebenden Kreisen sei man von den neuesten Berichten der preussischen diplomatischen Agenten in Paris und Petersburg wenig erbaut; eine hohe Person soll in den letzten Tagen über die zweideutige Unterstützung geklagt haben, welche der preussischen Politik vom Norden wird, und das Wort „Undank“ soll bei dieser Gelegenheit wiederholt betont worden sein.

Die Ernennung des Herrn de Lavalette zum Minister des Innern an die Stelle des Herrn Boudet hat in Paris vielfach überrascht. Herr Boudet selbst, der in der letzten Zeit alle fremden Journale lausiren ließ, welche von seiner bevorstehenden Ersetzung sprachen, glaubte bis zur Stunde seiner Entlassung nicht, daß ihm eine Ruhestätte im Senate zugedacht sei. In dem Schreiben, welches ihm seine Ersetzung ankündigte, sagte der Kaiser, daß er, obgleich er ihn hochschätze und achte und seinen trefflichen Eigenschaften alle Gerechtigkeit widerfahren lasse, er ihn doch nicht als Minister des Innern behalten könne, weil er in dieser Stellung zu wenig Festigkeit kundgegeben habe. Man spricht auch von der Wiedereinführung einer Press-Direction, und, wie es heißt, soll Herr Traillhard abermals die Leitung der Press-Angelegenheiten übernehmen. Von anderer Seite wird behauptet, Herr Lavalette sei liberal gesinnt und seine Ernennung als Anfang weiterer Reformen zu betrachten.

Nebst diesem Ministerwechsel, auf welchen man im Publikum gar nicht vorbereitet war, ist es die Adressdebatte im gesetzgebenden Körper, welche die Aufmerksamkeit des Pariser Publikums vorzugsweise in Anspruch nimmt. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers sprach Jules Favre für das Oppositions-Amendement, welches die politische Freiheit fordert, die der Kaiser von 1848 an stets versprochen habe. Auf eine Bemerkung des Präsidenten verzichtete der Redner auf das Wort. Darüber entstand großer Sturm. Bei der Abstimmung über das zweite Amendement beteiligte sich die Linke nicht. Auf Oliviers Antrag wurde die Sitzung aufgehoben. In der Sitzung vom 29. v. M. hatte Picard gesagt, der zweite December sei kein Datum, sondern ein Verbrechen.

Ueber die Rede Oliviers circuliren charakteristische Urtheile. In Regierungskreisen hat man die Programmrede des ehemaligen Oppositionsmannes mit reservirter Sympathie aufgenommen, der „Constitutionnel“ war bereits beauftragt worden, sie mit einem wohlwollenden und aufmunternden Commentar zu versehen, als die Kritik im Ministerium diesen entgegenkommenden Schritt mindestens vertagen hieß.

Hier's Rede machte allerdings einen großen Eindruck, war aber doch nicht so effectvoll wie jene im vorigen Jahre. Die Kammer hörte ihn mit ehrfurchtsvoller Aufmerksamkeit an, aber der Beifall floß viel spärlicher als man erwartet hätte. Was den Vortrag des Regierungscommissärs Herrn Thuillier betrifft, so hat der überaus schroffe Ton derselben allgemein und nicht angenehm überrascht. Man fragt sich, wie nach einem solchen Anfange eine Steigerung noch möglich ist.

Jules Favre machte am Montag über Oliviers Rede eine beißende Bemerkung, welche jetzt die Kunde durch alle Pariser Salons machte. Er sagte: „Ce n'était pas un discours, c'était un suicide“ (das war keine Rede, sondern ein Selbstmord).

Aus Italien liegt wenig Neues von Bedeutung vor. Die „Italie“ bestätigt nun auch, daß Victor Emanuel nicht daran denke, nach Syon zu gehen, um dort mit dem Kaiser Napoleon zusammen zu treffen. Französischerseits ist man auch gar nicht freundlich gegen den König.

König Victor Emanuel empfing am 26. März den mexicanischen Botschafter, der ihm den mexicanischen Adlerorden überreichte. Als höchst tactlos wird es in Italien aufgenommen, daß Limagrac im halb-officiellen „Constitutionnel“ das Capitel über den Umdank der Griechen für ihre Befreiung durch Rom mit der sichtbaren Absicht abdruckt, den Italienern einen Schimpf anzuthun.

Die Aufregung, welche sich eines gewissen Theiles des Publikums in Folge der von Mazzini gemachten angeblichen Enthüllungen bemächtigt, dauert fort. Die Regierung findet keinen unbedingten Glauben, obgleich jeder, der die Augen der Wahrheit nicht verschließen mag, das Absurde der Mazzini'schen Aufstellung erkennen muß. An und für sich hätte das nicht viel zu bedeuten, da die Gemüther sich mit der Zeit beschwichtigen werden, aber in einem Augenblicke, wo ein so wichtiger Schritt wie die Uebersiedlung der Regierung vorgenommen wird, ist es nicht gleichgültig, daß die extremen Parteien sich die Hand reichen. Es könnte denn doch geschehen, daß Versuche gemacht würden, um die Aufregung zu practischen Zwecken zu benutzen. Bisher hatte indessen Garibaldi sich standhaft gewehrt und seine Mitwirkung verweigert, weil er an die Existenz eines geheimen Vertrages keinen Moment geglaubt hatte.

Der außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Minister des Kaisers Maximilian von Mexico, Herr Barandarian, wurde, wie man aus Turin vom 28. berichtet, Sonntag den 26. v. M., Vormittags empfangen. Derselbe ist der Uebringender des mexicanischen Adlerordens für den König Victor Emanuel.

Die Sitzungen der Bukarester Kammer wurden am 26. März geschlossen. In ihren letzten Sitzungen votirte die Kammer einen außerordentlichen Credit von 700,000 Pfaster zur Herstellung der, durch die letzte Ueberschwemmung zerstörten Landstraßen; ferner wurde noch ein Betrag von 616,680 Pfaster zur Uebernahme der österreichisch-russischen Posten, welche am 1. Mai d. J. erfolgen wird, bewilligt. Der Schluß des Senats sollte heute erfolgen. Das Grundsteuergesetz wurde von Cosa sanctionirt.

Ueber den Fürsten Cusa zieht sich ein Gewitter zusammen. Der Fürst hat endlich die Geduld Oesterreichs erschöpft. Auf Veranlassung des kaiserlichen Internuntius Freiherrn v. Profsch hatten die Gesandten jener Mächte, welche den Pariser Vertrag unterzeichneten, im französischen Gesandtschaftshotel zu Konstantinopel eine Verathung gepflogen, bei welcher Gelegenheit man sich einigte, den Fürsten, der so gerne den kleinen Napoleon III. spielen möchte, zu rechtzuweisen.

Der Kaiser Maximilian hat unter dem 26. Februar zwei Decrete erlassen, welche von der Festigkeit und dem liberalen Geiste des Kaisers Zeugnis geben und große Satisfaction erregt haben. Das erste derselben lautet vollständig: „Wir Maximilian, Kaiser von Mexico, im Einvernehmen mit unserem Ministerrath und unserem Staatsrath verfügen, wie folgt:

Art. 1. Das Kaiserreich beschützt die katholische römisch-apostolische Religion als die Religion des Staates.  
Art. 2. Eine locale und vollständige Toleranz wird

zugestanden  
Einführung  
vorausgeh  
sentlichen  
veröffentli  
Art.  
erkennen,  
öffentlichen  
letzte Dr  
Erlaf

Im

Das  
treffende  
Quarezsche  
daß alle  
geschehen

Bro  
polnischer  
rang aller  
ist Entdeck  
neuesten U  
meihange

Berl  
fischer Reg  
sich am 6.  
Sollte jedo  
votiren, wi  
abzugeben  
sprachenen

Par  
Schreiben  
es heißt, d  
„Gaz. de  
Thuillier's  
tung, daß  
ändert. Vol  
weise, daß

Par  
den Gebrauch  
ten und  
als Münze  
Aus  
Friedensvor  
Union, Abse  
Bestimmung  
auf die Sch

Bufo  
liche Consul  
ihrer Regier  
ten Umfang

Arad

(Dienstag)  
Schauspieler  
ders aufmer  
reichende Dpe  
zweiactige  
terfession ohn  
Publicum de  
dem frischen  
steht zu erw  
Theater einf

\* \* \*  
spondenten  
gibt dem tüz  
Wege an die  
ergangenen  
agitationen  
zu haben un  
fen,“ nimm  
fassung gefo  
mitatsleitern  
der seinerzeit  
(illegalen?)

rege geworde  
ihren Wänst  
nächsten Land  
herrschenden  
Garantie, da  
als man geg  
Stoff zu Cor  
stens eine au  
er vorläufig  
Absicht der

nicht verboten  
mehängen, z  
im wesentliche  
\* \* \*  
(S  
Druck erschien  
niger Sparca  
gende Daten:  
100,970 fl.,  
409,839 fl.,  
trage von 43  
Steuer- und  
574,930 fl.,  
trägniß des  
321,366 fl.

der an sie  
eine General-  
\* \* \* Die



